Rücktrittsforderungen gegen UNO-Berichterstatterin

Online seit gestern, 19.01 Uhr

Teilen

Die Außenminister Deutschlands und Frankreichs haben Äußerungen der UNO-Sonderberichterstatterin für die Palästinensergebiete, Francesca Albanese, gestern stark kritisiert und ihren Rücktritt gefordert.

APA/AFP/Factstory For Mofa/Hussein Baydoun

Nachdem Albanese in einer Rede im Zusammenhang mit Israel von einem „gemeinsamen Feind“ gesprochen hatte, verurteilte der deutsche Außenminister Johann Wadephul ihre Aussagen und teilte mit, Albanese sei „in ihrer Position unhaltbar“. Sie habe sich „bereits in der Vergangenheit vielfach Ausfälle geleistet“, so der CDU-Politiker auf der Plattform X.

Auch Frankreichs Außenminister Jean-Noel Barrot forderte bei einer Fragestunde im Pariser Parlament Albaneses Rücktritt. „Tatsächlich gibt es auf ihre Provokationen nur eine Antwort: ihren Rücktritt.“ Albanese sei keine unabhängige Expertin. „Sie ist eine politische Aktivistin, die Hassreden hält, die der Sache des palästinensischen Volkes, das sie doch zu verteidigen vorgibt, und der Vereinten Nationen schaden.“

Albanese ruderte später zurück

Die in der Vergangenheit bereits vielfach kritisierte Albanese hatte auf einer Konferenz des Nachrichtenkanals al-Jazeera in Katar am Samstag von einem „gemeinsamen Feind“ gesprochen – mutmaßlich mit Bezug auf Israel. Anstatt Israel zu stoppen, habe „der größte Teil der Welt Israel bewaffnet“ und dem jüdischen Staat mit „politischen Ausreden, politischem Unterschlupf“ sowie wirtschaftlicher und finanzieller Unterstützung geholfen. „Wir sehen jetzt, dass wir als Menschheit einen gemeinsamen Feind haben“, sagte Albanese in ihrem Redebeitrag per Video weiter.

Später schien Albanese auf X zurückzurudern. Der gemeinsame Feind der Menschheit sei „das System, das den Genozid in Palästina ermöglicht“ habe, darunter das Kapital, das diesen finanziere.

red, ORF.at/Agenturen